

Verantwortung für Deutschland

Das 21. Jahrhundert
menschlich gestalten
– Projekt Zukunftschancen –

Sicherer leben in Deutschland

Zehn Thesen zur
Inneren Sicherheit

Anträge des Bundesvorstands
der CDU an den
9. Parteitag in Leipzig

Verantwortung für Deutschland

Das 21. Jahrhundert
menschlich gestalten

– Projekt Zukunftschancen –

Antrag des Bundesvorstands der CDU
an den 9. Parteitag in Leipzig

Innovationen für eine menschliche Zukunft	Seite 3
I. Chancen für neue Arbeit	Seite 5
II. Wissen für die Zukunft	Seite 13
III. Europa ist Deutschlands Chance	Seite 18

Innovationen für eine menschliche Zukunft

Wir Christliche Demokraten stehen für eine menschliche Gesellschaft, die von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit geprägt ist. Nach diesem Leitbild wollen wir auch die Zukunft unseres Landes im 21. Jahrhundert gestalten. Als Partei der deutschen Einheit treten wir dafür ein, daß unser Vaterland in der Arbeit an gemeinsamen Zukunftsaufgaben weiter zusammenwächst.

Die Wiedervereinigung Deutschlands markiert eine historische Zäsur, vor allem aber eine herausragende Chance. Die Einheit in Freiheit eröffnet den Menschen mehr Lebenschancen als je zuvor in der deutschen Geschichte. Durch die Überwindung des Ost-West-Konflikts, durch den mit der Globalisierung verbundenen wirtschaftlichen Wandel und durch die dramatischen Verschiebungen im Altersaufbau unserer Gesellschaft ist Politik in neuer Weise gefordert.

Die tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit erfordern Mut zur Erneuerung. Angesichts des Umbruchs, in dem wir stehen, ist Zukunft nicht durch eine bloße Fortschreibung der Gegenwart zu gewinnen. Wir wollen die notwendigen Veränderungen in Deutschland durchsetzen und zugleich jene Grundwerte und Institutionen bewahren, die Orientierung geben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft verbürgen.

Als die große Volkspartei der Mitte sind wir der Überzeugung, daß Verändern und Bewahren, Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und sozialer Ausgleich untrennbar zusammengehören. In diesem Geist wollen wir unser Land auf die Anforderungen des neuen Jahrhunderts vorbereiten. Diesem Ziel dienen unsere Reformen für Deutschlands Zukunft im Steuersystem, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Rente.

Der Weg der Reformen ist schwierig, aber nur er führt unser Land und seine Menschen in eine gute Zukunft. Aus Verantwortung für Deutschland werden wir ihn weitergehen.

Die großen Aufgaben an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind weder von heute auf morgen noch mit einfachen Lösungen zu bewältigen. Die Chancen dieser Umbruchszeit zu nutzen, fordert die Bereitschaft aller zum Wandel in Denken und Handeln. Die fortdauernden Veränderungen und ihre zuneh-

mende Geschwindigkeit machen Flexibilität und Aufgeschlossenheit für neue Entwicklungen unabdingbar; sie erfordern anhaltende Lernfähigkeit in allen Bereichen. Wir brauchen mehr Freiheit denn je, damit sich die notwendigen Innovationskräfte in unserer Gesellschaft entfalten können. Wir Christliche Demokraten sind davon überzeugt, daß wir die Zukunft nur auf der Grundlage verantworteter Freiheit erfolgreich gestalten können.

Die größte Chance unseres Landes sind seine Menschen – ihre Weltoffenheit und Hilfsbereitschaft, ihr Fleiß und ihre Kreativität, ihr Wissen und Können. Wir werden deshalb alles dafür tun, daß sich diese Tugenden und Fähigkeiten auch unter veränderten Bedingungen bestmöglich entfalten können. Jeder wird gebraucht, damit wir die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam bestehen.

Unser wichtigstes innenpolitisches Ziel ist und bleibt, daß Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu müssen wir vier nationale Herausforderungen gewältigen:

- Wir brauchen mehr Spitzenprodukte und mehr neue Ideen. Wir können den internationalen Wettbewerb nur mit den besten und modernsten Produkten gewinnen.
- Wir brauchen mehr Bereitschaft zur Selbständigkeit und mehr Existenzgründungen. Je innovativer die betriebliche Neugründung, desto intensiver der Beschäftigungseffekt.
- Wir brauchen gut qualifizierende Ausbildungsplätze für alle jungen Menschen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind. Gefordert ist die Bereitschaft, auch nach der Erstausbildung berufliche Qualifikationen ständig weiterzuentwickeln, so daß sie modernen Anforderungen genügen.
- Wir brauchen das beste Bildungssystem für unser Land. Investitionen in die Qualifikation von Menschen sind unabdingbare Voraussetzung für Innovationen in Deutschland. Und ebenso ist Erziehung im Geiste von Selbstverantwortung und Gemeinsinn unabdingbare Voraussetzung für das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft.

Die dramatischen Umbrüche unserer Zeit erfordern von uns weitsichtige Entscheidungen nicht nur im Wirtschafts- und Arbeitsleben sowie im Bildungssystem, sondern auch beim Bau des Hauses Europa. Angesichts der zunehmenden Globalisierung können die europäischen Staaten im weltweiten Wettbewerb nur bestehen, wenn sie sich noch enger zusammenschließen. Gerade für uns Deutsche verbinden sich größte Chancen mit der Weiterent-

wicklung des europäischen Einigungswerkes. Als vereintes Land in der Mitte unseres Kontinents wollen wir ein starkes Europa, das die Zukunft seiner Nationen in Frieden und Freiheit sichert.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, gemeinsam mit der CDU die notwendigen Veränderungen in Deutschland und Europa durchzusetzen. Zusammen mit ihnen wollen wir eine Brücke in das 21. Jahrhundert bauen.

Wir wenden uns entschieden gegen die rückwärtsgewandten Kräfte, die Reformen blockieren. Die Mißachtung ökonomischer Fakten durch die Sozialdemokraten, die Technikfeindlichkeit der Grünen und die Demokratiefeindlichkeit der PDS dürfen unser Land nicht bestimmen. Sie würden Deutschland in den Niedergang führen.

Wir setzen auf Innovation und Offenheit, auf Verantwortung, Freiheit und Gemeinsinn. Wir werben für einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch in die Zukunft, der getragen ist vom Vertrauen in die Kraft der Freiheit und von der Bereitschaft, solidarisch zusammenzustehen.

I. Chancen für neue Arbeit

1. Deutschland steht heute in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß, der dem der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts in nichts nachsteht und ihn wahrscheinlich noch übertrifft. Deutschland wird diesen Wandel nicht durch punktuelle Korrekturen, sondern nur durch weitreichende Reformen bewältigen können.

Die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze bleibt die wichtigste Aufgabe der vor uns liegenden Jahre. Wir halten an dem Ziel fest, Arbeit für alle zu erreichen. Es gibt auch in Deutschland viele Chancen für neue Arbeitsplätze. Durch mutige Entscheidungen und gemeinsame Anstrengungen gilt es, dieses Potential zu erschließen.

Die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland hat im wesentlichen strukturelle Gründe; wirtschaftliches Wachstum setzt sich nicht mehr rasch genug in einen Zuwachs an Arbeitsplätzen um. Dazu hat die gemeinsame Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen aufschlußreiche Untersuchungen vorgelegt. Nur der Wille zum Abbau struktureller Verkrü-

stungen und der Mut zur Erneuerung schafft die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze. Dazu brauchen wir eine Stärkung unserer exportorientierten Wirtschaft, Spitzenleistungen in der Forschung, die Förderung neuer und personenbezogener Dienstleistungen, eine Überprüfung unserer Kostenstrukturen, konsequente Deregulierung und eine Offensive für mehr Selbständigkeit. So können wir das hohe Niveau an persönlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit für die Bürger unseres Landes erhalten und sichern.

2. Die beschäftigungspolitische Verantwortung des Staates liegt in der Schaffung von Rahmenbedingungen, damit Deutschland im internationalen Wettbewerb seine Chancen optimal nutzen kann. Die CDU steht für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Eine Politik der ungezügelten Marktwirtschaft ohne soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung ist mit dem christlichen Verständnis vom Menschen unvereinbar.

3. Um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist es entscheidend, daß sich die deutsche Wirtschaft konsequent neue Absatzchancen erschließt. Dies setzt vor allem kontinuierliche Präsenz auf den internationalen Märkten, differenzierte Kenntnisse ausländischer Nachfragestrukturen, intelligente Vermarktungsstrategien, ein flexibles und innovationsfreudiges Management und eine hohe Reaktionsfähigkeit bei der Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Produkte voraus.

4. Deutschlands Chancen im internationalen Wettbewerb liegen vor allem darin, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die im Hinblick auf ihren Innovationsvorsprung und technologischen Standard erstklassig sind. Wir brauchen Spitzenleistungen in der Forschung sowie in der Herstellung und Anwendung moderner Technologien. Innovationen sind der Motor für Wachstum und Beschäftigung. Wir können den internationalen Wettbewerb nur mit den besten Produkten gewinnen.

Die meisten neuen Arbeitsplätze erwarten wir in der Umwelttechnologie, in der Bio- und Gentechnologie, im Bereich Multimedia sowie in der Verkehrstechnologie und bei neuen Werkstoffen.

Die Standortbedingungen für in- und ausländische Investoren müssen weiter verbessert werden. Wer sich für Forschung und Innovation am Standort Deutschland entscheidet, soll optimale Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden.

- 5.** Moderne Umwelttechnologien sind ein zukunftssträchtiger Wachstumsmarkt. Sie haben bereits zahlreiche neue und konjunkturabhängige Arbeitsplätze geschaffen und werden sie weiterhin schaffen.
- Deutschland muß in einer engen Koordinierung von Forschung und Entwicklung seine Chancen in neuen Bereichen des integrierten Umweltschutzes suchen. Gemäß dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung muß Umwelttechnologie dafür Sorge tragen, daß von Beginn an eine möglichst geringe Belastung mit Schadstoffen entsteht und mit Ressourcen möglichst sorgsam umgegangen wird.
- 6.** Die Biotechnologie ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Wir wollen, daß Deutschland in der Bio- und Gentechnik im Jahr 2000 die Nummer 1 in Europa wird.
- Alle im Zuge des Bio-Regio-Wettbewerbs der Bundesregierung geschaffenen 17 deutschen Bio-Regionen verdienen eine intensive weitere Förderung.
 - Die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen für Gentechnik in Deutschland sind kontinuierlich den weiteren Anforderungen anzupassen.
 - Deutschland ist hinter den USA und Japan der drittgrößte Pharmamarkt der Welt. Auf dem deutschen Arzneimittelmarkt sind schon heute die meisten gentechnisch hergestellten Medikamente zugelassen, die weltweit hergestellt werden. Wir wollen, daß in Zukunft mehr Produkte für diesen Markt in Deutschland selbst produziert werden.
- 7.** Der wirtschaftliche und kulturelle Wandel an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist maßgeblich geprägt durch die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie. Das Informations- und Kommunikationsdienstesgesetz des Bundes, der Mediendienste-Staatsvertrag der Länder und das ab 1998 vollständig liberalisierte Telekommunikationsnetz unseres Landes bieten hervorragende Chancen zur wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung von Multimedia.
- Wir haben ein flächendeckendes Fernseh-Kabelnetz. Die CDU wird darauf hinwirken, daß dieses Netz auch für neue interaktive Multimedia-Dienste genutzt werden kann.

- Durch den Ausbau des Deutschen Wissenschaftsnetzes zu einem Breitband-Multimedianeitz nimmt Deutschland einen der vordersten Plätze der Welt bei den Multimedia-Strukturen für Forschung und Entwicklung ein. Das Netz muß für wesentlich höhere Übertragungsraten aufgerüstet werden.

Mit den modernen Kommunikationstechnologien verbinden sich zahlreiche Möglichkeiten, die das Leben der Menschen verbessern können. Deshalb treten wir dafür ein, daß sich in den Netzen eine breite Vielfalt hochwertiger Nutzungen entfaltet.

- ▶ Wir wollen mit Telelearning die Nutzung des weltweit verfügbaren Wissens für Aus- und Weiterbildung und für Innovationsprozesse fördern.
- ▶ Nicht nur die Jugend, auch ältere Menschen sollen an die Möglichkeiten der neuen Technik herangeführt werden. Die internationale Entwicklung zeigt, daß Multimedia für Senioren große Chancen bietet, vor allem im Hinblick auf die Kommunikation.
- ▶ Telearbeit bietet Chancen zur Flexibilisierung der Arbeitswelt, zur Erhöhung der Zeitsouveränität von Arbeitnehmern, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Entlastung der Umwelt durch weniger Verkehr. Besonders der Mittelstand soll bei der Nutzung der Chancen von Telearbeit unterstützt werden.
- ▶ Teleservice bietet die Chance, Ferndiagnose, Fernwartung und Fernreparatur an Maschinen über die Datennetze zeitnah und weltweit durchzuführen. Wir wollen, daß auf diese Weise auch kleine und mittlere Unternehmen ihre Präsenz auf globalen Märkten behaupten können.
- ▶ Mit Hilfe der Telemedizin sollen über Datennetze Rechner für die Steuerung komplizierter medizinischer Behandlungsprozesse eingesetzt werden. Patienten sollen so die beste Behandlung bekommen, die weltweit zur Verfügung steht.
- ▶ Durch die Verknüpfung von Verkehrssteuerungssystemen, aktuellen Verkehrsinformationen und Multimedia-Diensten wollen wir die positiven Effekte der Verkehrstelematik für die Mobilität, insbesondere in Ballungsräumen und zur Entlastung der Umwelt, nutzen.

8. Die Chancen neuer Dienstleistungen, die in anderen Industriestaaten bereits den Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft gebnet und zu einem nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung geführt haben, müssen verstärkt genutzt werden.

Haushaltsnahe und personenbezogene Dienstleistungen können dann einen stärkeren Beitrag zum Arbeitsmarkt leisten, wenn es uns gelingt, bereits bestehende Formen der Beschäftigung aus der Schattenwirtschaft in reguläre Beschäftigung zu holen und Angebot und Nachfrage unbürokratisch zusammenzuführen. Dazu zählt die bereits im Jahressteuergesetz 1997 geschaffene Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Haushaltshilfen. Darüber hinaus sollen künftig in die steuerliche Absetzbarkeit auch die Kosten für sozialversicherungspflichtige Haushaltskräfte einbezogen werden, die über Dienstleistungszentren in Privathaushalten tätig sind.

9. Die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit kann nur wirkungsvoll bekämpft werden, wenn sie vorrangig als gewachsenes Strukturproblem, nicht aber als Verteilungsproblem begriffen wird. Dies bestätigt am eindrucksvollsten der Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften. Die verteilungspolitischen Lösungsmodelle der Sozialdemokraten und Sozialisten haben sich ohne Ausnahme als Irrweg erwiesen.

Uns geht nicht die Arbeit aus, sondern die strukturellen Bedingungen für reguläre Erwerbsarbeit stimmen vielfach nicht mehr. Wo der Preis der Arbeit nicht vorrangig an der Produktivität orientiert ist, werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Vielmehr wird der Rationalisierungsdruck zunehmen und gleichzeitig der Abbau von Arbeitsplätzen; reguläre Erwerbsarbeit wird immer mehr in die Nischen der Schattenwirtschaft verlagert.

Neue Arbeitsplätze entstehen nur dort, wo wettbewerbsfähige Produkte unter flexiblen Bedingungen hergestellt werden. Dazu gehört unabdingbar die Bereitschaft, Arbeitszeit und Arbeitskosten in ein den globalen Bedingungen angemessenes Verhältnis zu bringen. Mit Überstundenabbau, mehr Teilzeitbeschäftigung, einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung und Zeitarbeit werden positive Arbeitsmarkteffekte erreicht. Eine pauschale Arbeitszeitverkürzung kann nach unserer Überzeugung nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen, da sie die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter verschlechtern würde. Zur Flexibilität gehört auch, daß die Deutschen grundsätzlich bereit sein müssen, für gleichen Lohn mehr zu arbeiten.

10. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen fördert die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und ist damit ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode einen rechtlichen Rahmen schaffen, der es den Tarifpartnern ermöglicht, daß die Arbeitnehmer einen Teil ihres Lohnes in die Eigenkapitalbildung ihres Unterneh-

mens als Miteigentum oder in außerbetrieblichen Beteiligungsformen investieren und an den Erträgen beteiligt werden. Dabei soll das Risiko des Arbeitnehmers durch differenzierte Anlageformen begrenzt werden. Materielle Beteiligung der Arbeitnehmer fördert Mitverantwortung und Motivation, steigert die Produktivität des Unternehmens und macht es krisenfester.

Wo immer möglich, soll sich die staatliche Förderung in den neuen Bundesländern künftig auch daran orientieren, daß moderne Formen der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen auch tatsächlich praktiziert werden.

11. Deutschland weist im internationalen Vergleich die höchsten Lohnsatzkosten auf. Tariflich vereinbarte zusätzliche Leistungen, vor allem aber hohe Sozialversicherungsbeiträge machen deutsche Produkte und Dienstleistungen zu teuer. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß die soziale Sicherheit in Deutschland ein entscheidender Standortfaktor ist, der nicht gefährdet werden darf. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit bedingen und ergänzen einander; soziale Leistungspflichten dürfen aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht überfordern. Unser Ziel ist es daher, die Beitragssätze deutlich zu verringern. Entscheidend für die Stabilisierung unserer sozialen Sicherung ist die Schaffung möglichst vieler neuer Arbeitsplätze. Eine Senkung der Beitragssätze erfordert darüber hinaus eine Stärkung der Eigenverantwortung, die laufende Überprüfung der Leistungskataloge, die Bekämpfung von Mißbrauch und Verschwendung sowie die Umfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen.

12. Die Steuersätze in Deutschland sind im internationalen Vergleich zu hoch. Sie schrecken Investoren ab und gefährden damit Arbeitsplätze. Zahlreiche Ausnahmen und Vergünstigungen haben das Steuerrecht im Laufe der Jahrzehnte zudem ungerecht und unübersichtlich werden lassen. Wir brauchen deshalb die große Steuerreform mit niedrigen Steuersätzen in einem gerechten und einfachen Steuersystem, das Widersprüche und Mitnahmeeffekte beseitigt und die voranschreitende Erosion der Steuerbasis rückgängig macht.

Die Entwicklung eines Risikokapitalmarktes in Deutschland muß auch steuerpolitisch begleitet werden. Wir wollen deshalb noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages die steuerliche Gleichbehandlung von Pensionsrückstellungen und Pensionsfonds verwirklichen.

13. Zu den entscheidenden strukturellen Verwerfungen des deutschen Arbeitsmarktes gehören jene Fülle von gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen, die den Zugang zu neuer regulärer Arbeit bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze hemmen oder unnötig erschweren. Viele Regelungen, die in der Vergangenheit ihre Berechtigung hatten, halten heute einer Überprüfung nicht mehr stand.

Wer in Deutschland investiert, soll nicht mehr Genehmigungsverfahren unterliegen als in anderen europäischen Ländern. Durch eine umfassende Revision der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen bis zum Jahr 2002 wollen wir alle Hürden überprüfen und – wo immer sinnvoll – abschaffen.

14. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem dort, wo neue Unternehmen gegründet werden. Deshalb ist eine konsequente Förderung des Mittelstandes ein entscheidender Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir brauchen neuen Mut zur Selbständigkeit in Deutschland. Wir wollen die Bereitschaft fördern, eigenes Risiko zu tragen und Eigeninitiative zu entwickeln. Wer ein Unternehmen gründet, wer Arbeitsplätze schafft, wer Lehrlinge ausbildet, muß in der Öffentlichkeit dafür Anerkennung finden.

Die Förderung neuer Existenzen ist zukunftsträglicher als der Erhalt von Strukturen, die angesichts der veränderten internationalen Arbeitsteilung als überholt gelten müssen.

Um Selbständigkeit zu fördern, brauchen wir einen funktionierenden Markt für Wagniskapital, das den Beginn der freien Unternehmertätigkeit erleichtert. Von den Banken fordern wir, daß sie sich von ihrer starren Sachkapital-Orientierung lösen und menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten durch die Bereitschaft zur Vergabe von Risikokapital mehr Kredit einräumen. Wir wollen deshalb das Gesetz über das Kreditwesen und die Praxis der Bankenaufsicht entsprechend reformieren.

Gerade mittelständische Unternehmen haben in einer Zeit des tiefgreifenden Wandels wegen ihrer hohen Beweglichkeit, ihres Ideenreichtums und ihrer technologischen und organisatorischen Anpassungsfähigkeit hervorragende Chancen.

Die Schaffung neuer Betriebe muß auch auf der administrativen Seite erleichtert werden. Generell soll eine zentrale Stelle für Genehmigungsverfahren zuständig sein.

15. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit unverzichtbar. Aktive Arbeitsmarktpolitik hat eine Brückenfunktion. Sie muß Arbeitslose darin unterstützen, den Weg in reguläre Erwerbsarbeit zu finden, sie kann jedoch den ersten Arbeitsmarkt nicht ersetzen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muß insgesamt sensibler für das Marktgeschehen sowie vielfältiger und flexibler werden.

16. Oft sind Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen, die schulisch und beruflich nur gering qualifiziert sind. Das Niveau unterer Tarifgruppen und fehlende Lohnspreizung führen dazu, daß Unternehmen einfache Tätigkeiten aus Kostengründen nicht mehr nachfragen.

- Um die Durchlässigkeit zwischen Erwerbs- und Transfereinkommen zu erhöhen, sollen die Einkommensbegriffe im Sozialrecht vereinheitlicht werden.
- Zur Erschließung von mehr Beschäftigungschancen für gering qualifizierte Arbeitnehmer soll die Möglichkeit eröffnet werden, Niedriglöhne für einfache Tätigkeiten durch Transferleistungen oder steuerliche Zuschüsse zu den Sozialversicherungsbeiträgen deutlich über Sozialhilfeniveau aufzustoßen.
- Die sogenannten Einmal- und Kann-Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt führen zu einem hohen bürokratischen Aufwand. Sie werden abgeschafft und statt dessen werden zur pauschalen Abgeltung die Sozialhilfessätze erhöht.

17. In einer Zeit immer engerer wirtschaftlicher Verflechtung muß unser Ziel der Abbau von Handelshemmnissen und die Förderung des freien Welt Handels sein.

- Zur Verhinderung protektionistischer Maßnahmen einzelner Staaten muß das Freihandelsprinzip gestärkt und an den klassischen außenhandelspolitischen Instrumenten wie der Meistbegünstigungsklausel festgehalten werden.
- Ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Wachstumsdynamik ist der Ausbau der Handelsbeziehungen mit Nordamerika. Wir treten für eine transatlantische Freihandelszone (TAFTA) zwischen den Ländern der Europäischen Union und den Ländern der NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) ein.

- Besonders die Überwindung der gravierenden Exportschwäche ostdeutscher Unternehmen ist ein wesentlicher Schritt zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir wollen in Partnerschaft mit Finanzinstituten, Spitzenverbänden von Industrie und Handwerk und den Tarifpartnern entschlossen daran arbeiten, diesen Mangel abzustellen.

II. Wissen für die Zukunft

18. Im vergangenen Jahrhundert haben Arbeit und Kapital die Industriegesellschaft ermöglicht und geprägt. Zunehmend wurden die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital durch einen dritten Faktor ergänzt: das Wissen. Entwicklung, Herstellung und Vermarktung hochwertiger Produkte erfordern hochqualifizierte Arbeitnehmer und Unternehmer. Dazu bedarf es eines modernen, effizienten und bedarfsgerechten Bildungssystems, das gleichermaßen Basis- wie Spitzenqualifikationen vermittelt. Das hohe Ausbildungsniveau der deutschen Arbeitnehmer ist ein entscheidender Vorteil für die deutsche Wirtschaft und Grundlage eines hohen Lohnniveaus. Eine gute Ausbildung, arbeitsmarktorientierte Flexibilität und Mobilität sowie die Bereitschaft zu lebenslanger Fortbildung bieten die beste Gewähr, Chancen am Arbeitsmarkt wahrnehmen zu können. Die sachliche und personelle Ausstattung der allgemein- und berufsbildenden Schulen, die Ausrichtung ihrer Lehrinhalte und die Entwicklung neuer Berufsbilder und Ausbildungsordnungen müssen wesentlich stärker als bisher am modernen Wandel der Arbeitswelt orientiert sein.

Der Erwerb, die Anwendung und die Aktualisierung von Wissen werden zu Schlüsselqualifikationen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts heißt Bildung. Deshalb will die CDU eine umfassende Bildungsreform.

Angesichts des globalen Wettbewerbsdrucks kann sich Deutschland ein internationales Bildungsgefälle zu seinen Lasten nicht leisten. Das deutsche Bildungswesen muß internationalen Maßstäben genügen. Insbesondere die gezielte Förderung von Hochbegabten muß intensiviert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt nicht zuletzt von seinen Eliten ab.

19. Die Schule der Zukunft steht vor zwei zentralen Aufgaben: Sie muß ihre Lehrinhalte auf eine sich mit hoher Geschwindigkeit fortentwickelnde Wissensgesellschaft einstellen. Sie muß zugleich ihren Erziehungsauftrag wieder ernster nehmen. Dazu gehört vor allem auch die Vermittlung von verbindlichen Werten und Normen, wie sie im Grundgesetz und in den Länderverfassungen vorgegeben sind. Ohne moralischen Wertkonsens kann keine Gesellschaft Bestand haben.

- Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion mit Lehrerschaft, Elternverbänden, Wissenschafts- und Wirtschaftsvertretern über Bildungsinhalte, Schulbücher, Lehrpläne und Lehrerausbildungen zur qualitativen Neubestimmung des Bildungssystems.
- Wir brauchen einen nationalen Konsens darüber, was Schule leisten soll. Die Vermittlung von grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen sowie der Umgang mit dem Computer muß Vorrang haben vor beliebigem Spezialwissen; Medienkompetenz ist eine Schlüsselkompetenz der Zukunft. Der zunehmenden Globalisierung von Gesellschaft und Arbeitswelt muß eine verstärkte internationale Orientierung der Bildungsziele entsprechen. Die Menschen müssen befähigt sein, mit fremden Kulturen, Sprachen, Ausdrucksformen und der Vielfalt geistiger Traditionen souverän umzugehen. Bildungsinhalte müssen auch unter der Fragestellung überprüft werden, ob sie die internationale Konkurrenzfähigkeit deutscher Absolventen stärken.
- Wir brauchen mehr Angebote an Ganztagschulen, die es den Eltern, insbesondere alleinerziehenden Eltern, erleichtern, Kindererziehung und Beruf miteinander zu vereinbaren.
- Der Altersdurchschnitt vieler Lehrerkollegien ist zu hoch. Überdies wird die Zahl der Schüler in den kommenden Jahren erheblich ansteigen. Dort, wo die Klassenstärken wachsen, müssen die Länder wieder mehr Lehrer einstellen.
- Immer mehr Schüler lassen es im Unterricht an Gemeinsinn, Höflichkeit und Respekt gegenüber den Lehrkräften fehlen. Die Stellung der Lehrer muß gestärkt werden. Lehrer müssen sich gegenüber Schülern durchsetzen können, ohne dafür vorher Konferenzen einberufen zu müssen.
- Die CDU setzt sich für die Verkürzung der im internationalen Vergleich viel zu langen Ausbildungszeiten ein. In den neuen Ländern ist bewiesen worden, daß das Abitur ohne Qualitätsverlust bereits nach zwölf Jahren abgelegt werden kann. Dies muß zum Modell für ganz Deutschland werden.

- Moderne technologische Entwicklungen müssen zeitnah in die Lehrpläne Eingang finden und den Lehrkräften in Aus- und Weiterbildung zugänglich gemacht werden, um sicherzustellen, daß diese im Schulunterricht behandelt werden. Wir streben an, daß bis zum Jahr 2000 alle weiterführenden Schulen in Deutschland an das Internet angeschlossen sind.

20. Die Zustimmung junger Menschen zu unserer freiheitlichen Ordnung wird nicht zuletzt von der Erfahrung geprägt, inwieweit sich ihnen durch eine gute berufliche Ausbildung persönliche Lebenschancen eröffnen. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist deshalb das System der beruflichen Bildung von höchster Bedeutung. Jeder jungen Frau und jedem jungen Mann, die eine Lehrstelle suchen, soll auch eine angeboten werden können.

- Die Berufsschulen sollen auch in Zukunft Garant für die Qualität der beruflichen Bildung in Deutschland sein. Wir brauchen einen zukunftsfähigen Berufsschulunterricht. Dafür sind neue Organisationsmodelle einzuführen, nicht aber längere Berufsschulzeiten.
- Um junge Menschen mit vornehmlich handwerklichem Geschick nicht ins berufliche Abseits zu stellen, brauchen wir neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischer Qualifikation.
- Der Kreis der Geförderten im Rahmen des „Meister-BAföG“ soll verdoppelt werden.
- Lehrlingen, die eine Abschlußprüfung endgültig nicht bestehen, sollen die Kammern und andere für die Berufsausbildung zuständige Stellen in Zukunft Zertifikate über die erfolgreich bestandenen Prüfungsteile ausstellen. Mit einem solchen „Kleinen Gesellenbrief“ hat ein junger Mensch auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen als gänzlich ohne Ausbildungsnachweis.

21. Die Hochschulen sind Wegbereiter in die Wissensgesellschaft.

- Das Studium muß insgesamt so gestaltet werden, daß ein berufsqualifizierender Abschluß (Magister, Diplom o. ä.) innerhalb der Regelstudienzeit möglich ist. Die Regelstudienzeit soll einschließlich Praxissemester acht Semester an Fachhochschulen und neun Semester an Universitäten nicht überschreiten. Um den Hochschulen einen zusätzlichen Anreiz zu geben, ein zügiges Studium zu ermöglichen, sollen zukünftig die Zahl der Studierenden und die Zahl der Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit bei der Vergabe der Mittel des Staates für die Lehre Berücksichtigung finden.

- Studierende brauchen früher Auskunft über ihre Eignung und Erfolgsaussichten. Deshalb sollen obligatorische Zwischenprüfungen eingeführt werden.
- Wir wollen ein Leistungs-Punkt-System entwickeln zur Verbesserung der Gliederung des Studiums, zur Erleichterung des Hochschulwechsels aus dem Ausland nach Deutschland und umgekehrt und zur Förderung der Mobilität zwischen Hochschulen innerhalb Deutschlands.
- Wir treten dafür ein, die Hochschulen in den neuen Bundesländern auch weiterhin gezielt zu fördern.
- Zur Stärkung der internationalen Kompatibilität und Transparenz der Abschlüsse wollen wir den Hochschulen die Möglichkeit eröffnen, die auch im angelsächsischen Graduierungssystem üblichen Hochschulgrade Bachelor und Master zu verleihen.
- Die deutschen Hochschulen sollen in Zukunft zumindest in den Fächern, in denen ein Nachfrageüberhang besteht, die Möglichkeit erhalten, einen Teil ihrer Studierenden selbst auszuwählen.
- Die Struktur der Hochschulbildungsgänge paßt nicht zur Nachfragestruktur auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb soll die Zahl der Studienplätze an Fachhochschulen im Laufe der nächsten fünf Jahre von heute 25 Prozent auf 40 Prozent aller Studienplätze angehoben werden.
- Die Hochschulen tragen Mitverantwortung dafür, daß ihre Absolventen nicht den öffentlichen Dienst als vorrangigen Arbeitsmarkt ansehen, sondern ihre erworbenen besonderen Qualifikationen in eigene unternehmerische Initiativen umzusetzen bereit sind. Deshalb soll die Zahl der Unternehmensausgründungen in Zukunft eines der Kriterien für die Zuweisung öffentlicher Mittel an die Hochschulen sein.
- Berufsakademien bereichern das tertiäre Bildungsangebot und verleihen zugleich dem Wettbewerb im Bildungsbereich zusätzliche Impulse. Deshalb soll das Modell der Berufsakademien bundesweit eingeführt werden.
- Durch gezielte Fördermaßnahmen muß die Benachteiligung von Frauen bei Stellenbesetzungen ausgeglichen werden. Bis zum Jahr 2005 soll mindestens jeder fünfte Professorenstuhl in Deutschland mit einer Frau besetzt sein.

22. Für die Berufstätigen muß Weiterbildung zum festen Bestandteil beruflicher Lebensplanung werden. Denn eine einmal abgeschlossene Berufsausbildung wird nicht mehr für ein ganzes Berufsleben reichen. Lebensbeglei-

tendes Lernen ist der beste Weg, um sich persönlich gegen Arbeitslosigkeit zu schützen. Das Lernen im Arbeitsprozeß und selbstorganisiertes Lernen – auch außerhalb des Arbeitslebens – gewinnen an Bedeutung. Berufliche Fort- und Weiterbildung liegt in erster Linie in der Verantwortung der Betriebe und des einzelnen. Die CDU versteht die Rolle der Politik als Partner für gute Rahmenbedingungen lebensbegleitenden Lernens. Persönliche Lernbereitschaft und Eigeninitiative sind aber unverzichtbar.

- Die CDU setzt sich dafür ein, daß die jungen Menschen ihre Erstausbildung möglichst früh und mit soliden Grundlagen absolvieren und daß die Fähigkeit vermittelt wird, selbständig weiterzulernen. Denn so sind sie am besten für die Zukunft gerüstet.
- Für die duale berufliche Erstausbildung sollen nur solche Qualifikationen festgelegt werden, die in der überwiegenden Zahl der Betriebe dauerhaft gebraucht werden.
- Die Fortbildungsverordnungen müssen in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern weiterentwickelt werden. Qualität, Transparenz und Wertbarkeit von Fortbildungsabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt sind die vorrangigen Ziele.
- Die duale Weiterbildung in Zusammenarbeit von Betrieben und Fachhochschulen ist auszubauen. Sie bildet für besonders leistungsbereite und qualifizierte Berufstätige eine effektive Verbindung von Praxisqualifikation, Berufserfahrung und Studium. Die Länder sollten solche dualen Weiterbildungsstudiengänge durch entsprechende Zugangsregelungen auch für qualifizierte Fachkräfte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung öffnen.

23. Die Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und des Übergangs zu einer Wissensgesellschaft heißt Innovation. Die breit gefächerte, leistungsfähige Forschungslandschaft muß auf dieses Ziel strategisch ausgerichtet werden.

- Der im Aufbau befindliche innovative Mittelstand in den neuen Ländern braucht förderpolitische Rechtssicherheit, damit mittelfristig ein ähnliches Innovationsniveau wie im Westen erreicht wird. Es ist eine zeitlich begrenzte Innovationszulage für Personalkosten zum Aufbau der Forschung in Unternehmen zu schaffen.
- Deutschland braucht Kompetenzzentren für die Technologien und Märkte des 21. Jahrhunderts. Wenn irgendwo auf der Welt über Hochtechnologie

en gesprochen wird, dann müssen den Experten dazu Orte bzw. Regionen in Deutschland einfallen. Eine solche gezielte regionale Bündelung innovativer Kompetenz ist ein zukunftsweisender Ansatz, dessen Durchführbarkeit durch das Bio-Regio-Projekt bewiesen wurde.

- Patente machen Wissen zu Wirtschaftsgütern. Patentierungsverfahren müssen billiger werden, sie dürfen wissenschaftliches Arbeiten nicht blockieren. Deshalb sollten die Gebühren des Europäischen Patentamtes weiter gesenkt werden. Die Neuheitsschonfrist für Patente sollte europaweit wieder eingeführt werden.

III. Europa ist Deutschlands Chance

24. Im Interesse der Menschen müssen die Völker Europas zu einer starken Gemeinschaft zusammenwachsen. Die Nationalstaaten in Europa können die großen Aufgaben unserer Zeit – dazu zählen vor allem die Sicherung von Frieden in Freiheit, die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität und die Bewahrung der Schöpfung – nur in gemeinsamer Anstrengung und mit vereinten Kräften bewältigen. Gerade Deutschland als Land in der Mitte Europas hat ein vitales Interesse daran, daß das europäische Einigungswerk vollendet wird. Von den weiteren Entwicklungen in Europa hängt ganz wesentlich ab, ob künftige Generationen in Deutschland dauerhaft in Frieden und Freiheit, in Wohlstand und in sozialer Stabilität leben können.

Die Europäische Union hat sich als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung für unseren Kontinent bewährt. Jetzt geht es darum, den Prozeß der europäischen Einigung unumkehrbar zu machen. Diese Politik hat in Verbindung mit der transatlantischen Partnerschaft – entscheidend dazu beigetragen, daß wir heute in der längsten Friedensperiode der deutschen Geschichte leben.

Wir wollen ein Europa der Einheit in Vielfalt verwirklichen. Die nationale und regionale Vielfalt unseres Kontinents muß auch künftig erhalten und gefördert werden. Unser Ziel ist eine Europäische Union, in der wir unsere Identität als Deutsche bewahren, so wie andere Nationen ihre Identität nicht auf-

geben. Als deutsche Europäer bleiben wir verwurzelt in unserer jeweiligen Heimat. Heimische Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich. Der Nationalstaat wird sich im Zuge dieser Entwicklung wandeln, aber nicht auflösen. Auch im geeinten Europa des 21. Jahrhunderts wird Deutschland unser Vaterland sein.

25. Die Einführung des EURO ist ein Schlüsselprojekt auf dem Weg zum geeinten Europa. Sie ist die logische und notwendige Folge des europäischen Binnenmarktes. Erst mit einer einheitlichen Währung wird der Binnenmarkt ganz verwirklicht sein und seine positiven Wirkungen für Wachstum und Arbeitsmarkt voll entfalten können.

Die Vollendung der Europäischen Währungsunion wird den Standort Europa im zunehmenden globalen Wettbewerb nachhaltig stärken. Die Wettbewerbsposition der Europäer gegenüber Konkurrenten aus anderen Währungsräumen wie z. B. Dollar oder Yen wird durch den EURO deutlich gestärkt. Gerade Deutschland als exportabhängiges Industrieland ist in besonderer Weise auf eine Währung angewiesen, die weltwirtschaftlichen Turbulenzen und Wechselkursschwankungen erfolgreich widerstehen kann. Dies bedeutet Sicherheit für Millionen von Arbeitsplätzen bei uns.

Wir wollen, daß die Europäische Währungsunion pünktlich am 1. Januar 1999 beginnt. Voraussetzung für die Teilnahme an der Währungsunion bleibt die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Stabilitätskriterien; sie müssen ebenso wie der Zeitplan eingehalten werden.

Wir wollen den EURO als eine dauerhaft starke gemeinsame Währung. Deshalb haben wir sichergestellt, daß sich die Währungspolitik der künftigen Europäischen Zentralbank in Frankfurt/M. am bewährten Stabilitätskurs der Deutschen Bundesbank orientiert. Der von uns entwickelte und durchgesetzte Stabilitätspakt stellt darüber hinaus die notwendige Haushaltsdisziplin der Teilnehmerländer nach ihrem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion auf Dauer sicher.

Bereits heute hat die Vorbereitung auf die gemeinsame europäische Währung in den Ländern Europas zu einem nie gekannten Rückgang der Preissteigerungsraten und Zinsen geführt. Die Europäische Union ist auf dem besten Weg, zu einer Stabilitätsgemeinschaft zusammenzuwachsen.

26. Die Vertiefung der europäischen Integration bleibt angesichts der geplanten Aufnahme neuer Mitglieder auch künftig auf der Tagesordnung.

Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit muß die Europäische Union institutionell weiterentwickelt werden.

Europa muß bürgernäher werden. Was national, regional oder kommunal geregelt werden kann, muß auf dieser Ebene auch entschieden werden. Wo notwendig, müssen europäische Kompetenzen in nationale, regionale und kommunale Verantwortung zurückgegeben werden. Entscheidungen sollen so nah wie möglich bei den Betroffenen fallen. Alle Bundesländer, aber auch die Städte und Gemeinden, müssen im künftigen Europa ihren eigenen Rang bewahren. Das Prinzip der Subsidiarität gehört für uns zu den wesentlichen Gestaltungsgrundsätzen des vereinten Europas.

Das zukünftige Finanzsystem der Europäischen Union muß die Leistungsfähigkeit aller Mitgliedstaaten gerecht berücksichtigen und darf die Bundesrepublik Deutschland nicht weiter im Übermaß belasten.

Wir wollen die Demokratie in der Europäischen Union stärken. Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen weiterentwickelt werden und auf Dauer den Rechten entsprechen, die den Parlamenten der europäischen Demokratien zukommen – einschließlich des vollen Budgetrechtes. Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union müssen gleichberechtigt an der Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammersystems mitwirken.

Wir wollen die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik verstärken. Die zunehmend international organisierte Kriminalität macht ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene unerlässlich. Wir wollen deshalb die im Schengener Abkommen vereinbarte Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsbehörden in den institutionellen Rahmen der Europäischen Union überführen. An den Außengrenzen der Europäischen Union müssen einheitliche Sicherheitsstandards gelten; Rauschgiftkontrollen sowie Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren müssen in den Mitgliedsländern nach gemeinsamen Regeln praktiziert werden. Wir brauchen EUROPOL als eine schlagkräftige europäische Polizei gegen international tätige Verbrechersyndikate.

Wir werden im Rahmen der gemeinsamen Asyl- und Visapolitik sicherstellen, daß Angehörige von Drittstaaten auch künftig keinen unkontrollierten Zugang zum deutschen Sozialsystem oder zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten. Das im europäischen Vergleich sehr weitreichende soziale Versorgungssystem in Deutschland wäre überfordert, wenn ausländische Arbeitnehmer nach kurzer Tätigkeit bei uns umfassende Leistungsansprüche an die Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung in ihren Heimatstaat mitnehmen könnten.

27. Wir treten dafür ein, neue Mitglieder in die Europäische Union aufzunehmen, sofern diese die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllen. Wir wollen dabei helfen, die in den mittel-, ost – und südosteuropäischen Ländern in Gang gekommenen Reformen unumkehrbar zu machen. Dies ist nicht zuletzt auch ein Beitrag zur Stärkung der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität in Europa. Wir wollen ein Europa schaffen, in dem alle Europäer ein Zuhause finden können und in dem sie teilhaben an der gelebten Freiheit, der wirtschaftlichen Entwicklung und der kulturellen Vielfalt unseres Kontinents.

28. Am Ende dieses Jahrhunderts wächst nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt das Bewußtsein dafür, daß menschliches Handeln oder Unterlassen zu globalen Auswirkungen führen kann. Die Bewahrung der uns anvertrauten Schöpfung ist eine Aufgabe, die nur in internationaler Partnerschaft gelöst werden kann. Dies gilt vor allem für die schonende Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen, den Schutz der Meere und der Erdatmosphäre und das Überleben bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Die Bewahrung der Schöpfung muß ein gleichberechtigtes Ziel neben sozialen und ökonomischen Zielen sein. Unser Konzept der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft versöhnt Ökonomie und Ökologie.

- Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich verpflichtet, bis zum Jahr 2010 die Emission von Treibhausgasen um 15 Prozent gegenüber 1990 zu vermindern. Wir werben dafür, daß alle Industrieländer der Erde sich dieses Reduktionsziel zu eigen machen.
- Wir streben ein internationales Abkommen zum Schutz und zur schonenden Nutzung der Wälder an. Angesichts des Ausmaßes der bereits eingetretenen Schäden brauchen wir eine derartige Vereinbarung so rasch wie möglich und mit hohen Standards.
- In den Entwicklungs- und Schwellenländern führt die fehlende Anwendung moderner Technik zu hohen Umweltbelastungen. Der Einbeziehung dieser Länder in eine globale Strategie zum Schutz der Umwelt kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu; wir wollen erreichen, daß sich Länder aus Nord und Süd in zentralen Fragen des globalen Umweltschutzes auf gemeinsames Handeln verständigen.
- Wir treten dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen den Umweltorganisationen der Vereinten Nationen effektiver zu gestalten. Wir schlagen die Einrichtung einer UN-Dachorganisation für Umweltfragen vor.

29. Das Zusammenwachsen Europas hängt nicht alleine von den engen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen seiner Staaten ab. Die Bürger werden die europäische Integration als ihre eigene Sache annehmen und mit Leben erfüllen, wenn sie sie als menschliche Bereicherung empfinden. Die politische und wirtschaftliche Einigung muß einhergehen mit dem Austausch der Ideen und der Kenntnis anderer Denk- und Empfindungswelten. Gegenseitiges Verständnis und Vertrauen wachsen gerade auch in gemeinsamen kulturellen Aktivitäten. Wer erfolgreich mit europäischen Partnern kooperieren will, muß die Mentalität seiner Partner kennen. Kulturelle Orientierung ist eine wesentliche Voraussetzung für gemeinsames Handeln in Europa. Deshalb muß neben die wirtschaftliche und soziale Dimension der europäischen Einigung auch die kulturelle Dimension in ihrer ganzen Vielfalt treten. Wissenschaft, Geist und Kunst, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind Grundlagen der Zukunftsfähigkeit Europas.

30. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten immer mehr Menschen unserer Erde die Chance, über Ländergrenzen hinweg Zugang zu Wissensquellen zu finden und einen globalen Dialog zu führen. Zugleich wächst die Chance jedes einzelnen, sich im eigenen Land über politische Prozesse zu informieren und sich an ihrer Gestaltung aktiv zu beteiligen. Es eröffnen sich neue Perspektiven der Völkerverständigung und des interkulturellen Gesprächs. Wir Christliche Demokraten wollen dazu auf der Grundlage unseres Menschenbildes einen eigenen Beitrag leisten. Wir stellen uns mit Zuversicht dem weltweiten Wettbewerb der Ideen. Auf Dauer werden sich unsere Grundwerte und Grundgedanken – wie Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Menschen- und Bürgerrechte – gegen jede Form von Repression durchsetzen.

Wir wollen das 21. Jahrhundert menschlich gestalten.

Sicherer leben in Deutschland

Zehn Thesen zur Inneren Sicherheit

Antrag des Bundesvorstands der CDU an den 9. Parteitag in Leipzig

Mit ca. 6,7 Mio Straftaten, mehr als 2 Mio Tatverdächtigen und einer durchschnittlichen Aufklärungsquote von 49 Prozent im Jahr 1996 ist die Innere Sicherheit in Deutschland täglich gefährdet. Und noch mehr Menschen empfinden dies als drohendes Schicksal, das jeden zum Opfer machen kann. Sie messen den demokratischen Rechtsstaat ganz besonders an seiner Fähigkeit, den inneren Frieden zu bewahren und die Bevölkerung vor Straftätern zu schützen. Dies ist eine Hauptaufgabe für die Unionsparteien und ihre Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen; sie ist lösbar.

1. Die Festigung der Inneren Sicherheit ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Seine Bewältigung setzt eine zielorientierte geistige Einstellung der Gesellschaft voraus. Lange vor der Tätigkeit von Polizei und Justiz müssen in der Erziehung junger Menschen die Grundlagen für die Anerkennung von dauerhaften Werten gelegt werden. Versäumnisse der Erziehung in Familie und Bildungseinrichtungen oder destabilisierende Medieneinwirkungen können später nur sehr begrenzt durch den Staat wettgemacht werden. Ein solcher wertbezogener Erziehungsauftrag der Schulen muß in der Bildungspolitik einen weit höheren Rang erhalten. Brutale und gewalttätige Szenen im Fernsehen müssen verringert werden.

2. Als fester Rahmen für die Innere Sicherheit muß uneingeschränkt die geltende Rechtsordnung anerkannt werden. Viele Erscheinungen der letzten Jahrzehnte waren dazu gegenläufig:

- die Beliebigkeit bei der Definition von „Gewalt“ oder „Widerstandsrechten“,

- die „Bagatellisierung“ von alltäglichen Straftaten,
- die Absenkung von Hemmschwellen beim Drogenmißbrauch,
- die Inanspruchnahme eigennütziger oder selbstausgerufener „Freiräume“ durch gesellschaftliche Gruppen.

Das Gewaltmonopol des Staates muß unverrückbar feststehen. Im demokratischen Rechtsstaat heutiger Prägung gibt es „keine legitimierte Gegengewalt“. Da sich geistige Einstellungen nicht schlagartig ändern lassen, kann durch Einzelmaßnahmen der Sicherheitspolitik keine kurzfristige Umkehr von Trends erreicht werden. Entschlossene Sicherheitspolitik ist eine langfristige Aufgabe, die auf vielen Feldern der Politik erfüllt werden muß und nur schrittweise Wirkungen zeigen kann. Diese Aussage ist notwendig, um nicht falsche Vorstellungen in der Bevölkerung mit der Gefahr von Enttäuschungen zu erzeugen. Für den Bereich der Jugendkriminalität gilt in besonderem Maße, daß durch Erziehung die entscheidenden Weichen gestellt werden.

3. Eine auf inneren Frieden und persönliche Sicherheit ihrer Bürger eingestellte Gesellschaft muß der Vorbeugung vor Straftaten besondere Bedeutung beimessen; „Vorbeugen ist besser als Heilen – auch in der Kriminalitätsbekämpfung“.

Vorbeugend wirken insbesondere:

- Erziehung zur Rechtstreue und Ächtung jeglicher Gewaltanwendung durch gesamtgesellschaftlichen Konsens,
- staatliches Antreten gegen Übelstände zu Beginn einer absehbaren Fehlentwicklung,
- Betonung der „öffentlichen Ordnung“ als staatlichen Schutzgutes,
- verbesserte Zusammenführung aller Sicherheitsanstrengungen von Staat, privaten Organisationen und Bürgern auf kommunaler Ebene,
- polizeiliche und justizielle Sanktionen mit stärkerer Betonung ihres Präventiveffekts als bislang,
- technische Präventivmaßnahmen gegen Mißbrauch bei neuen Produkten und Dienstleistungen.

Prävention verlangt insbesondere „Vorausdenken“, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen, und nach dem Motto „Wehret den Anfängen“ Vorsorge zu treffen. Dies gilt auch für die Folgen sich immer mehr beschleunigender Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie und Kommunikation.

4. Das Phänomen der Organisierten Kriminalität hat sich in den letzten Jahren in allen westlichen Ländern – auch in Deutschland – wesentlich verschärft. Die Bedingungen dafür liegen in der Globalisierung der Wirtschaft, Aufhebung von Grenzen, politischer Destabilisierung vieler Staaten der Welt, wirtschaftlicher und sozialer Sogkraft Westeuropas und der Fähigkeit professioneller Verbrecherguppen zum Umgang mit diesen Phänomenen.

Neue Deliktsbereiche, veränderte Begehungsformen von schweren Straftaten, die Höhe lockender Gewinne und die Tarnmöglichkeiten internationaler Tätergruppierungen stellen die Sicherheitskräfte vor neue und zum Teil noch nicht hinreichend bewältigte Aufgaben. Für Deutschland wird die Situation besonders gekennzeichnet durch seine geographische Lage in der Mitte Europas mit 6.000 km Grenzen und neun Nachbarstaaten sowie einer Beteiligung von 62 % Ausländern an den Tatverdächtigen der Organisierten Kriminalität (1996). Über den Bereich des direkt angerichteten Schadens hinaus wirkt Organisierte Kriminalität mit ihrem Einfluß auf ausgewählte Wirtschaftssektoren und ihrer Beförderung von Korruption destabilisierend auf die Gesellschaft. Sie stellt den demokratischen Rechtsstaat vor eine Bewährungsprobe, der er sich mit Entschlossenheit und auch Härte stellen muß. Das Vertrauen der Bürger in ihren Staat hängt ganz besonders davon ab, daß er sie wohlüberlegt, wirksam und schnell vor Kriminalität schützen kann.

Tabus helfen dabei nicht weiter; die Situation in Deutschland verlangt insbesondere ein entschlossenes Vorgehen gegen die im Bereich der Organisierten Kriminalität vorherrschenden Beteiligung von Ausländern unter Einschluß aufenthaltsbeendender Maßnahmen, wovon heute durch die Länder noch bei weitem zuwenig Gebrauch gemacht wird.

5. Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität macht eine internationale Zusammenarbeit erforderlich, mit der die Staaten den grenzüberschreitend wirkenden Tätergruppierungen auch gemeinsam – und nicht mehr zuerst nationalstaatlich – entgegentreten. Deshalb sind mit größter Intensität voranzutreiben:

- der Ausbau von EUROPOL einschließlich seiner exekutiven Befugnisse,
- der Ausbau des Schengener Außengrenzsystems mit seiner abschirmenden Funktion gegen illegale Zuwanderung,
- die Einbeziehung der MOE-Staaten in das gesamteuropäische Sicherheitssystem.

Diese Anstrengungen müssen insbesondere unter Einsatz der modernsten Technik erfolgen; in diesem Feld ist die legale Seite der Gesellschaft weit stärker als die Gangster. Diesen Vorsprung muß sie intensiver nutzen; das bedeutet auch erhebliche finanzielle Anstrengungen der öffentlichen Hand. Im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität benötigt der Bundesgrenzschutz durch Gesetzesänderung das Recht zur verdachtsunabhängigen Identitätskontrolle ebenso wie die Landespolizeien nach den neuesten Landesgesetzen der unionsregierten Länder.

6. Eine wirksame Verbrechensbekämpfung in Deutschland kann nur gelingen, wenn sie als gemeinsame Aufgabe aller Ebenen der öffentlichen Hand erkannt wird. Bund, Länder, Kommunen und Sonderbehörden müssen sich verstärkt zusammenfinden und den neuen Herausforderungen der Kriminalität mehr als die klassischen Antworten der herkömmlichen föderativen Ordnung geben. Dazu bedarf es weniger Rechtsänderungen als einer vorbehaltlosen Bereitschaft zur Zusammenarbeit durch Arbeitsteilung, vollständiger gegenseitiger Information, neuer Formen der Zusammenarbeit der Polizeien von Bund und Ländern; der Zusammenarbeit des Bundes- und der Landes kriminalämter sowie dem Ausbau modernster Datenzentralen kommt dabei besondere Bedeutung zu.

7. Die sich ständig ändernde Gefährdungslage und die Notwendigkeit flexibler Antworten machen es erforderlich, auch im Sicherheitsbereich modellhaft zu arbeiten, Erfahrungen in der Praxis zu gewinnen und ausländische Arbeitsergebnisse auf ihre Verwendbarkeit in Deutschland zu überprüfen. Die Sammlung von Rechtstatsachen über international erfolgreiche neue Formen der Verbrechensbekämpfung gewinnt damit eine herausragende Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund sind amerikanische Erfahrungen mit neuen Sicherheits-Strategien auf ihre Verwertbarkeit in Deutschland zu überprüfen. Dabei geht es insbesondere um die Verbesserung der Sicherheitslage in Großstädten, die Zusammenführung der Aktivitäten von Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden sowie Formen der aktiven Bürgerbeteiligung am Sicherheitsauftrag der Polizei.

Großstädtische Modellvorhaben in der „Aktion Sicherheitsnetz“ sind mit Nachdruck zu fördern.

Kernpunkte dieser Modellversuche müssen eine sichtbar verstärkte Präsenz

der Polizei, die Verfolgung der Alltagskriminalität, schnelle Strafjustiz und die entschlossene Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität sein. Die „öffentliche Ordnung“ ist dabei ein wichtiges Schutzgut des Staates. Eine wissenschaftliche und praktische Begleitung der „Aktion Sicherheitsnetz“ soll ihre Verwendbarkeit auf breiterer Ebene erweisen. Die damit verbundenen erheblichen Kosten sind auch zu Lasten anderer Ausgabensektoren eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unseres Landes.

- 8.** Die Justiz muß ein verstärktes Bewußtsein für ihren öffentlichen Sicherheitsauftrag entwickeln. Dabei geht es vor allem um
- Nutzung moderner Instrumente zur Verfahrensbeschleunigung (beschleunigtes Verfahren/Hauptverhandlungshaft),
 - verstärkte Anwendung des Erwachsenenstrafrechts im Bereich wiederholt straffälliger Heranwachsender,
 - entschlossene Anwendung des Haftrechts gegenüber Wiederholungstätern,
 - Nutzung des Strafrahmens zur Prävention.

Notwendige Rechtsänderungen wird die CDU herbeiführen. Dazu gehören auch Maßnahmen gegen den verfahrensverlängernden Mißbrauch im Beweisverfahren in Prozessen der Organisierten Kriminalität sowie Straffung der Rechtsmittelmöglichkeiten.

- 9.** Die vielfältigen Aspekte der Gefährdungslage zeigen, daß es in der Kriminalitätsbekämpfung keinen „Königsweg“, sondern nur die Möglichkeit gibt, ein aus vielen Bausteinen bestehendes Mosaik zusammensetzen, das in der Gesamtschau die Bündelung aller Kräfte zur Verbrechensbekämpfung widerspiegelt.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß die Gefährdung der Inneren Sicherheit in Zukunft von einem sehr viel schnelleren Wandel als in der Vergangenheit geprägt sein wird. Deshalb muß sich die Politik mit größter Flexibilität und Kreativität auf die sich ändernden Gefährdungslagen einstellen. Die Verfallszeit gewonnener Erfahrungen wird auch im Bereich der Inneren Sicherheit immer kürzer, der Anpassungsbedarf kurzfristiger und das unkritische Beharren auf einmal eingenommenen politischen Positionen gefährlicher. Es ist die Aufgabe der Politik, darauf mit ständiger Überprüfung des „Handwerkszeugs“ von Staat und Gesellschaft zu reagieren und nicht Reformstaus eintreten zu lassen.

Eine solche Politik erfordert praktische und sofortige Maßnahmen auch unter Einsatz verstärkter finanzieller Mittel von Bund und Ländern zur sachlichen und personellen Ausstattung von Polizei und Justiz. Die Anstrengungen des Bundes in diesen praktischen Fragen spiegeln sich in der Ausstattung von Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz und dem dafür erforderlichen finanziellen Aufwand deutlich wider:

	BKA	BGS
1993:	485 Mio. DM	2.151 Mio. DM
1998:	572 Mio. DM	3.148 Mio. DM

Dies bedeutet im Vergleich dieser Jahre Mehrausgaben von ca. 18% beim BKA und mehr als 46 % beim BGS bei allgemein restriktivem Haushaltsverlauf.

10. So wichtig der verstärkte Kampf gegen die Kriminalität und die Festigung der Inneren Sicherheit sind: Innerer Frieden umfaßt noch mehr. Hier geht es um das dauerhaft verträgliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen – auch jenseits von Kriminalitätsfragen. Dabei spielt die Begegnung von Deutschen und Ausländern eine langfristig entscheidende Rolle. Diese Begegnung kann nur gelingen, wenn die integrativen Bemühungen zugunsten von dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländern wesentlich verstärkt werden. Dafür reichen die gesellschaftlichen Kräfte dann aus, wenn der ständige weitere, unberechtigte Zuzug von Ausländern gestoppt und Ausländer ohne Bleiberecht in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Diese Aufgabe kann auf der Basis des gegenwärtigen Asyl-Verfassungsrechtes nur bewältigt werden, wenn das Ausländerrecht konsequent angewendet wird, wozu eine Verstärkung der Ausländerbehörden der Länder ebenso gehört wie eine ständige Nachbesserung des geltenden Rechts entsprechend erkannter Schwächen in der Praxis. Dem Unwesen der Schlepper und Menschenhändler ist mit Härte entgegenzutreten. Die Beherrschung dieser Problematik durch den demokratischen Rechtsstaat ist eine entscheidende Voraussetzung im Kampf gegen den politischen Rechtsextremismus und von ihm ausgehende gewalttätige Spannungen in der Gesellschaft.

Eine auf diese Thesen praktisch eingestellte Sicherheitspolitik der CDU erfordert politisch einen langen Atem und die Überwindung immer wieder dagegen gerichteter linker Polemik – aber die Aufgabe ist lösbar:

Mehr Sicherheit für die Bürger in Deutschland.